Vom sozialen Gedanken zur sozialen Tat

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU

210 CHR
#9

Druck: Gesellschaft für Buchdruckerei und Verlag Düsseldorf m. b. H.

Bibliothek
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
IBK / IFK / IIS / SFK / PAE / ACD
Inventar-Nr. 601 00 017

MF 2210 CHR
60100017-8
#9

Vorbemerkung

Seit vielen Jahrzehnten fordern weite Kreise unseres Volkes eine durchgreifende, bis in die Fundamente unserer gesellschaftlichen Ordnung hinabreichende Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Vor allem in der Groß- und Schwerindustrie ist diese Forderung seit langem mit einem Nachdruck erhoben worden, der erkennen ließ, daß sie nicht nur von starken Kräften getragen, sondern auch auf Argumente von großem moralischem Gewicht gestützt wird.

Eine gesunde organische Entwicklung bei der Lösung dieser Probleme ist dadurch erschwert worden, daß wirtschaftliche Erwägungen ohne innere Notwendigkeit mit politischen und weltanschaulichen Kampfparolen durchsetzt worden sind. Statt nüchtern und sachlich zu prüfen, welche Wirtschaftsformen dem Sinn und Ziel der Wirtschaft am ehesten gerecht werden könnten, hat sich dieser sachlich so schwierigen Fragen vielfach das politische Propagandabedürfnis bemächtigt.

So ist es zu erklären, daß neben sachlich begründeten Vorschlägen überall Pläne, Anträge und Programme auftauchten, die eher in den Bereich der Demagogie als in den der wirtschaftlichen Vernunft gehören. Das hat zu einer unheilvollen Verwirrung der Geister geführt; je länger die Diskussion anhielt, desto mehr wurden die Kernpunkte, auf die es ankam, verwischt, anstatt daß sie sich langsam immer klarer herauskristallisiert hätten.

Es ist das wahrhaft geschichtliche Verdienst der CDU, diesem Kampf der unklaren und mißverständlichen Schlagworte ein Ende bereitet zu haben. Schon 1945 wurde mit den Vorarbeiten begonnen, ausgehend von einer sorgsamen Prüfung dessen, was schon in früheren Jahrzehnten erarbeitet worden war. Ohne vorgefaßte Meinung, ohne sich in Theorien zu verrennen, haben die Sachverständigen der CDU ihren ganzen Planungen zwei Hauptgedanken zugrundegelegt:

1. Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes.
2. Wirtschaftliche Höchstleistung ist vereinbar mit Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit jedes Einzelnen, der in der Wirtschaft tätig ist.

Diesen Grundsätzen gemäß mußte die CDU zur Verurteilung privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens als Sinn der Wirtschaft gelangen. Ebenso aber mußte sie zusammengeballte Machtgebilde ablehnen, die das Recht des Einzelnen aufheben, mögen sie in privater Hand oder in der eines allmächtigen und alles beherrschenden Staates sein.

Auf diesen Grundsätzen und Erkenntnissen aufbauend hat die CDU für die am 4. März begonnene Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen 6 Anträge vorgelegt, die das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben von Grund auf neu zu gestalten bestimmt sind. In ihrer Gesamtheit stellen sie ein Gebäude verantwortungsvollsten Gestaltungswillens und konstruktiver Gestaltungskraft

dar. Die Nebel der Phrase sind diesem Werk gegenüber zerstoben. Der Landtag hat sich in seiner Mehrheit zu ihm bekannt und die Regierung beauftragt, es den von ihr auszuarbeitenden Gesetzesvorlagen zugrunde zu legen.

Aber täuschen wir uns nicht: noch ist die Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens auf dieser Grundlage keineswegs endgültig gesichert. Jeder einzelne muß mit Hingabe arbeiten; aufklärend, erläuternd, überzeugend — soll dies Ziel erreicht werden.

In der hier vorgelegten Schrift sind zusammengefaßt:

1. Karl Arnold: Die soziale und politische Situation und die Aufgaben der christlichen Arbeitnehmerschaft (Rede anläßlich der Tagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Union von Rheinland und Westfalen am 21. Febr. 1947 in der Bergarbeiterstadt Herne (Westf.). Seite 5
2. 6 Anträge der CDU zur Neuordnung der Großwirtschaft an Rhein und Ruhr. Seite 15.
3. Begründung dieser Anträge vor dem Landtag durch Dr. Konrad Adenauer. Seite 23.
4. Begründung dieser Anträge vor dem Landtag durch Karl Arnold. Seite 28.

Die soziale und politische Situation und die Aufgaben der christlichen Arbeitnehmerschaft

von Karl Arnold.

Rede anläßlich der Tagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Union von Rheinland und Westfalen am 21. Februar 1947 in der Bergarbeiterstadt Herne (Westf.).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kameraden!

Die Stunde ist gezeichnet durch einen erbitterten Lebenskampf. Die gegenwärtige Notlage in ihrer tiefen Breite übertrifft alles, was an Heimsuchungen über unser Volk hinweggegangen ist. Frost und Hunger sind seit Monaten furchtbare Volkspeiniger geworden. Wohnungslosigkeit und Mangel an Kleidung verschärfen die Not. Die Ungewißheit über die Dauer dieser Leiden und die noch nicht erfolgte Einordnung tausender Flüchtlinge in das gesellschaftliche Leben haben die Gegenwart mit einem schwarzen Vorhang von der Zukunft getrennt. Aus dieser Situation erwachsen lähmende Hoffnungslosigkeit und eine steigende Verzweiflungsstimmung. Das aber sind gefährliche Kräfte, weil sie das Volk dem Fatalismus, der Anarchie, also der völligen Unordnung preisgeben. Wo die Hungerqualen und das Hungersterben einsetzen, hört der Verstand auf. Der Verstand aber ist jene Kraft, die den Menschen vom Tier unterscheidet. Wenn diese Unterscheidung nicht mehr gegeben ist, werden die Gesetze des Staates und die der Moral außer Kurs gesetzt. Wenn wir ohne Scheuklappen in das Volksleben schauen, erkennen wir, welche Strecke wir auf diesem verhängnisvollen Weg schon gegangen sind. Es bestätigt auch sich der schon in „rerum novarum" aufgestellte Satz, daß das moralische und sittliche Leben an die Sicherung einer wirtschaftlichen Mindestexistenz gebunden ist. Wir stehen also vor der Frage, gibt es aus dieser Lage einen Ausweg oder soll unser Leben einer endgültigen Hoffnungslosigkeit ausgeliefert bleiben. Die Not des Augenblickes darf uns den Blick für die Ursachen der Gesamtlage nicht trüben.

Der heutige Zustand ist mit dem von 1918 nicht zu vergleichen. Gegenüber 1918 haben wir nicht nur den furchtbarsten Krieg der Geschichte verloren, wir haben die Tobsucht des totalen Krieges im eigenen Lande gehabt. Die Armee, zerschunden und zerschlagen, löste sich auf, nachdem ihr Kampf schon lange vorher jeden Sinn verloren hatte. Wer den Krieg aber weiterführt, obwohl er militärisch und politisch entschieden war, eröffnet den Krieg gegen das eigene Volk. So wurden deutsche Soldaten dazu vergewaltigt, gegen das eigene Volk den Krieg zu führen. Das aber war ein Verbrechen und die Verantwortlichen gehören vor einen deutschen Gerichtshof gestellt. Dieser Hitlerkrieg hat das Reich und die staatliche Ordnung zerschlagen, hat das ganze Land in grauenvollstem Ausmaße verwüstet und atomisiert, hat die Wohnstätten, die Betriebe und Verkehrswege zerstört, hat zwischen dem ehemaligen Deutschland und der Welt einen Abgrund der Abneigung, wenn nicht sogar des Hasses, aufgerissen und damit die entscheidenden Ursachen für das heutige Elend geschaffen. Und weil es so viele nicht mehr wahr haben wollen und weil selbst Hitler, wenn er noch leben würde, vor einem Entnazifizierungsausschuß seine nur nominelle Mitgliedschaft in der NSDAP nachweisen würde und weil man die geschichtliche Wahrheit in das Gegenteil verkehren möchte, soll eindringlich festgestellt sein:

Wer den Nationalsozialismus durch aktive Gesinnung und Handlung, durch finanzielle Beihilfe oder durch charakterliche Feigheit gefördert und unterstützt hat, ist mitschuldig an der unerhörten Not, unter der unser Volk leidet. Alle politischen Maulwürfe und Saboteure sollen es wissen, daß wir nicht zulassen

werden, daß die politischen Ursachen für unsere Volksnot verdunkelt werden und daß wir nicht zulassen, die werdende Demokratie mit Verantwortungen zu belasten, die allein jene zu tragen haben, de mit so großer Begeisterung im Berliner Sportpalast das Bekenntnis zum totalen Krieg und zur totalen Rüstung aussprechen ließen. Diese Feststellung ändert nichts an der Tatsache, daß weite Volkskreise geglaubt hatten, die Besatzungsmächte würden jene Hilfe und jenes Verständnis bringen, um ein Absinken in eine Verzweiflungsstimmung zu verhindern und um eine schnellere Wiederherstellung der notwendigsten Lebensbedingungen zu ermöglichen. In dieser Erwartung sieht sich die deutsche Bevölkerung enttäuscht, was die politisch-geistige Situation sehr erschwert. Aber aus dieser Resignation müssen wir heraus, wenn wir unser Volk retten und die Einordnung in das europäische Leben finden wollen.

Die politische Sofortaufgabe ist die Überwindung der Hungersnot, vor allem in dem dicht bevölkerten Bezirk an Rhein und Ruhr. Die maßgeblichen Ursachen der augenblicklichen Versorgungsnot sind folgende:

1. Es fehlt die Getreidereserve, die für die Überbrückung von plötzlich auftretenden Ausfällen in den Zufuhren unerläßlich ist.
2. Durch die Verspätungen der Überseeschiffe, die durch die Witterungsverhältnisse und Umleitungen bedingt wurden und wegen dem Mangel an Vorräten wurde die Brotversorgung vielfach unterbrochen. Auch der amerikanische Seemannsstreik hat hier verhängnisvoll gewirkt.
3. Der innerdeutsche Schiffsverkehr ruht zu einem erheblichen Teil, weil durch Eisgang und Frost auf den deutschen Wasserstraßen zurzeit eine ausreichende Transportmöglichkeit nicht besteht.
4. Die Reichsbahn kann die zusätzlichen Transportaufgaben nicht schnell genug bewältigen, weil die Gestellung von ausreichenden Lokomotiven und Waggons nicht möglich ist. Der große Mangel an Ersatzteilen, der schlechte bauliche Zustand der Betriebs- und Reparaturwerkstätten der Reichsbahn und die physische Überlastung des Eisenbahnpersonals stellt die Reichsbahn vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten.
5. Die dem Land Nordrhein-Westfalen von den süddeutschen Ländern und von den nördlichen Bezirken gemachten Lieferungszusagen wurden vielfach nicht gehalten, wodurch eine weitere Verschärfung in der Versorgung eingetreten ist.

Es war ein trauriger und beschämender Vorgang, daß für die 98. Zuteilungsperiode erhebliche Kürzungen, vor allem an Fett, vorgenommen wurden, ohne daß der zugesagte Ausgleich, vor allem in Fleisch, vorgenommen wurde. Mit 1550 Kalorien auf dem Papier ist dem Volk nicht geholfen. Die deutsche Verwaltung darf sich nicht mit Erklärungen belasten, die der Wahrheit nicht entsprechen. In solchen Fällen ist es besser, offen zu sagen, daß die Versorgung zusammengebrochen ist. Es muß also erreicht werden, daß die Rückstände in der Versorgung und die laufenden Kartenansprüche schnellstens befriedigt werden. Verhandlungen mit diesem Ziel sind fast ohne Unterbrechung im Gange und es besteht Grund zu der Annahme, daß sie nicht ganz ohne Erfolg sein werden.

Über die tägliche Sorge hinaus ist unser Blick gerichtet auf die soziale Neuordnung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Über eine Tatsache muß sich jedermann klar werden: 1947 ist nicht mit 1918 zu vergleichen. Dieses Mal wird mit der sozialen Neuordnung und mit der Verwirklichung einer unverfälschten Demokratie Ernst gemacht. Nicht zum zweiten Male läßt sich die Arbeiterschaft und die Demokratie zum Steigbügelhalter der politischen und sozialen Reaktion machen. Unser Kampf gilt jeder Reaktion, ob sie von Rechts oder von Links oder von außen kommt. Nicht der braunen oder der roten Farbe gilt unser Kampf, sondern jedem Ansatz von Diktatur, einerlei, wie sie sich auch immer tarnen wird. Wir wollen eine Volksordnung,

die dem natürlichen Recht, der sittlichen Würde und Aufgabe des Menschen entspricht und die durch ihre innere Funktion und Kraft den Weg für eine größere europäische Völkerordnung ebnet. Wenn es nach dieser Weltkatastrophe nicht gelingt, dem einfachen Mann und der Jugend aller Völker die Hoffnung auf ein gesichertes und friedsames Leben zurückzugeben, dann können die Staatsmänner und Politiker aller Völker abtreten, weil sie an der Zentralaufgabe unserer Zeit gescheitert sind. Das soziale Problem ist nicht mehr eine Frage der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung, es ist inzwischen angewachsen zu der Frage, ob die lebende Generation fähig ist, die Menschheit in einen geistigen Zustand zu bringen, der Vertrauen gegen Vertrauen und damit die Grundlage schafft, daß nicht mehr Gewalt und Besitz, sondern daß der aus dem Schöpfungsakt der Menschen und Völker kommende Sinn das Gemeinschaftsleben ordnet. An diesem Werk entscheidend mitzuwirken, ist die große geistige Wiedergutmachungsaufgabe, die allen Deutschen gestellt ist, denen die deutsche Tragik eine Läuterung war und die in der nationalen Not der Gegenwart auch einen Auftrag für das Leben der Zukunft sehen. Das ist zugleich auch die entscheidende innere Begründung für die notwendige organisatorische Tätigkeit der christlichen Arbeiterschaft in den Sozialausschüssen und für die politische Wirksamkeit der christlichen Volkskräfte in der Christlich-Demokratischen Union. Aus diesem Grunde sind wir als politische Union in die Volksbreite gegangen und haben die Enge überholter Organisationen verlassen. Es ist eine hohe christliche, soziale und geschichtliche Volksaufgabe, die politisch den katholischen und evangelischen Christen gestellt ist.

Mit dieser Einstellung suchen wir den Weg für eine neue Wirtschaftsordnung. Bei diesen Bemühungen werden wir uns nicht beeinflussen lassen von denen, die uns fälschlicher- und böswilligerweise als Reaktionäre beschimpfen und ebenso wenig von jenen, die uns in Verkennung aller sozialen Notwendigkeiten als Trabanten einer „Linkspolitik“ bezeichnen. Ich kann versichern, daß alle Spekulationen auf die sogenannten rechten und linken Flügel der CDU verpuffen werden und daß keine Aussicht besteht, von diesen Spekulationen ein politisches Geschäft zu erwarten. Freilich, den politischen Feldwebel und den politischen Rekruten mit der Hand an der Hosennaht lehnen wir ab und gerade deshalb gibt es in der Union keinen politischen Befehl, sondern politische Diskussionen, die mit Freimut und Ausdauer bis zur Klärung der politischen Probleme geführt werden. Wie denn anders sollte eine Demokratie wachsen? Die Methoden des politischen Leithammels und der willfährigen Herde passen zwar für die Diktatur, nicht aber für die Demokratie.

Die Klärung der geschichtlich angehäuften sozialen Spannungen in unserem Volk und die Herstellung einer neuen Wirtschaftsordnung sind unvermeidbar geworden. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen stehen die Überlegungen, die man mit dem Schlagwort „Sozialisierung“ bezeichnet. Ein Wort, das schon seit dem vorigen Jahrhundert die Gemüter bewegt und das in seinem sachlichen Inhalt und ganz allgemein gesehen die Sozialgestaltung der Wirtschaft zum Ziele hat. Es handelt sich also nicht um eine parteipolitische, sondern um eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Frage, es handelt sich um das System und um die Ordnung, in der die Wirtschaft künftighin betrieben werden soll.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung war die der Vergangenheit. Sie hat sicherlich auch positive Seiten aufzuweisen. Ohne ihre Impulse und Energien wäre die industrielle deutsche Entwicklung, wäre die Vermehrung und Ernährung der Menschen wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Angebot und Nachfrage und das freie Spiel der Kräfte waren das Gesetz, unter dem der Kapitalismus angetreten war. Seine sozialen Auswirkungen sind bekannt. Der Arbeiter war Objekt und hatte keinen höheren Rang als Werkzeug und Ware.

Der Kapitalismus verstand es, das Spiel der freien Kräfte durch eine Monopolisierung von Angebot und Nachfrage zu seinen Gunsten umzubiegen. Dadurch wuchs die einseitige Herrschaft der Wirtschaft über das Volk. Die Nachteile einer solchen einseitigen Herrschaft gingen zu Lasten des Volkes und bedrohten die Autorität und Selbständigkeit des Staates. Akute Wirtschaftszusammenbrüche wurden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Ich erinnere in diesem Zusamenhang nur an das typische Beispiel des Bankenkraches im Jahre 1931. Es war also die eindeutige Tendenz der Monopolwirtschaft, die Verluste zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren. Mit dieser Tendenz hat der Kapitalismus den Weg der Selbstvernichtung beschritten.

Da man aber nicht der Sozialisierung wegen sozialisieren kann, muß man sich klar werden, welche Gründe eine solche Maßnahme rechtfertigen und welche Ziele damit erreicht werden sollen. Jede Operation erfordert Vorsicht und wird nur zur Behebung einer krankhaften Abnormität durchgeführt. Das gilt auch für die Sozialisierung im Sinne einer Sozialgestaltung der Wirtschaft.

Die monopolisierte Wirtschaft führte zu einseitigen und anormalen Machtbildungen, die das soziale und staatliche Leben planmäßig unter Druck setzten und das gesellschaftliche Leben gefahrvoll beeinflußten. Da solche wirtschaftlichen Machtinstitutionen in gleicher Weise eine Gefahr für den Staat wie für das Sozialleben sind, müssen sie beseitigt werden. Im Bergbau und in der Schwerindustrie trat diese Entwicklung am schärfsten in Erscheinung. Hier bleibt auch der entscheidende Eingriff unvermeidlich. Wir fordern daher,

daß der Bergbau auf dem Wege der Vergesellschaftung in die Form der Gemeinwirtschaft überführt wird. Wenn sich in besonderen Fällen der Staatsbetrieb als zweckmäßig erweisen sollte, kann auch diese Form gewählt werden. Dabei soll aber die Führung des Betriebes nicht einer staatlichen Regie, sondern Organen übertragen werden, die das Unternehmen bei voller wirtschaftlicher Selbstverantwortlichkeit und Initiative zu führen haben. Wir fordern die Aufhebung der privatkapitalistischen Konzerne und die Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung auch für die eisenverarbeitende Schwerindustrie, wobei die Beteiligung auch von privatem Kapital durchaus in Erwägung gezogen werden kann.

Ein Rivalisieren zwischen den verschiedenartigen Kapitalbeteiligungen braucht nicht einzutreten, da auch der gemeinwirtschaftliche Betrieb auf eine Gewinnerzielung nicht verzichten kann. Da der Betriebszweck als die gemeinwirtschaftliche Bedarfsdeckung klar liegt, dürfte auch die Verwendung des Gewinnes keine Schwierigkeiten bereiten, weil ja ohne die Förderung der Arbeitskraft, ohne die Sicherstellung der Verzinsung, Amortisation und laufenden Betriebserhaltung der Betriebszweck nicht erfüllt werden könnte.

Die Kohle ist gemeinsames Volksgut. Ihr Vorhandensein entspringt nicht einer privaten Initiative, sondern ausschließlich den Kräften der Natur. Gemeinsames und lebensnotwendiges Volksgut begründet aber weder einen Anspruch auf egoistisches Gewinnstreben, noch kann es für private wirtschaftliche Machtbildung zur Verfügung gestellt bleiben. Die Vergesellschaftung des Bergbaues und die Einführung einer Gemeinwirtschaft ist die unvermeidliche Folge und Wiedergutmachung einer sozialen und wirtschaftspolitischen Fehlentwicklung. Durch diese Maßnahme wollen wir aber nicht private Monopole zugunsten neuer Staatsmonopole beseitigen. Den monopolisierten Staatskonzern und den Staatskapitalismus lehnen wir ab, weil beide nicht geeignet sind, das erstrebte Ziel zu erreichen. Das Gemeineigentum und seine Bewirtschaftung sind daher nicht gleichzusetzen mit dem Staatskapitalismus. Der in Gemeinschaftseigentum überführte Bergbau wird bei ökonomischer Betriebsführung, bei voller Aufrechterhaltung des Wettbewerbsgedankens und bei offener Rechnungslegung seine Förderung betreiben können. Die Einzelinitiative, das Entscheidungsrecht über die betrieblichen Vorgänge und die Verantwortung für die wirtschaftliche

Betriebsführung liegen bei den Organen, die nicht aus der staatlichen Bürokratie, sondern aus den fähigsten Männern des Bergbaues und der Wirtschaft zu bilden sein werden. Das ist also etwas anderes als eine verbeamtete Staatswirtschaft. Der Staat als ordnende Macht wird sich darauf beschränken müssen, Garant dafür zu sein, daß die Produktion ausschließlich den Gesamtinteressen dient und daß die Bedarfsdeckung das maßgebliche Ziel bleibt. Der Gemeinwirtschaftsbetrieb ist auch kein politischer Diskussionsclub, er hat es nicht mit der Politik, sondern ausschließlich mit der Produktion zu tun. Diesem natürlichen Betriebszweck ist alles unterzuordnen. Der neugeordnete Großbetrieb muß daher völlig unabhängig von den politisch parlamentarischen Wechselfällen sein. Durch gesetzgebende Maßnahmen ist diese Unabhängigkeit von vornherein sicherzustellen. Die zurzeit fehlende Rentabilität des Bergbaues wird weniger auf dem Wege der unmittelbaren Subventionen als über die Steuerpolitik und durch eine noch zu überprüfende Beteiligung des Bergbaues an den künftigen Erträgnissen der Eisenindustrie und durch eine sinnvolle Preispolitik zu erreichen sein. Hier tritt die Aufgabe des Staates und der Vorteil des entprivatisierten Großbetriebes für das Volksganze deutlich in Erscheinung. Daß bei der Neuregelung der Verhältnisse der Zusammenhang des Bergbaues mit einer sinnvollen Verbundswirtschaft auch schon im Interesse einer rationellen Kohlenbewirtschaftung nicht übersehen werden kann, ist klar.

Alte Begriffe sprechen zeitbedingte Notwendigkeiten nicht immer klar aus. Wenn wir also die Maßnahmen zur Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems überhaupt „Sozialisierung" nennen wollen, so wäre es falsch, in dieser Sozialisierung ein Wunderwerk zu sehen. Das ist sie auf keinen Fall, sie ist vielmehr eine überaus ernste und nüchterne Angelegenheit und sie ist vor allem kein Patent für die unmittelbare Behebung der sozialen Notstände. Ich sage das deshalb, weil durch eine parteipolitische Propaganda mit dem Wort Sozialisierung in der Arbeiterschaft vielfach Hoffnungen erweckt werden, die sich nicht erfüllen lassen. So müssen wir uns darüber klar sein, daß die „Sozialisierung" noch nicht die Lösung, wohl aber die Einleitung einer neuen sozialen Wirtschaftsentwicklung bedeutet. Diese Entwicklung muß erreichen:

1. Die Unterordnung der Wirtschaft unter das Wohl der Volksgesamtheit, damit der natürliche Zweck und Sinn der Wirtschaft wieder zur Geltung kommt und daß der Mensch über die materiellen Werte gestellt wird.

2. Die Produktion des in Gemeineigentum oder in Gemeinwirtschaft überführten Betriebes darf aus diesem Grunde nicht sinken, sondern muß eher gesteigert werden. Die Überführung der Betriebe in die Gemeinwirtschaft muß sich durch den wirtschaftlichen Effekt als richtig erweisen. Ein Versagen würde gefahrvolle Auswirkungen haben.

3. Die sozialen und betrieblichen Verhältnisse der im Gemeinwirtschaftsbetrieb tätigen Menschen müssen fühlbar gebessert werden. Der Arbeiter muß von seiner bloßen Objektstellung wegkommen und muß in geistiger und materieller Hinsicht teilhaben an der Betriebsgestaltung und am Betriebsertrag. Das Ausmaß seiner materiellen Beteiligung muß er bei offener und von jedem Geheimnis befreiten Ertragsrechnung in eigener und solidarischer Verantwortung mitbestimmen können.

4. Die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in den Führungsorganen der Großbetriebe muß gesetzlich gewährleistet werden. In den Mittelbetrieben muß die verantwortliche Mitwirkung der Arbeitnehmer durch den gesetzlichen Ausbau des Betriebsrätewesens geregelt werden. Auch die Wirtschaftskammern müssen eine paritätische Ausgestaltung erfahren.

Eine grundsätzliche Feststellung in diesem Zusammenhang ist aber notwendig. Mit der vorgesehenen Neuordnung der Wirtschaft soll keine Lawine ins Rollen gebracht werden, die über alle Wirtschaftszweige hinwegrast und die Begriffe

der wirtschaftlichen Selbständigkeit, der Initiative, der Einzelverantwortung und des privaten Eigentums ins Wanken bringt. Das wäre der Weg zum wirtschaftlichen Ruin. Die Einführung der Gemeinwirtschaft muß beschränkt bleiben auf die monopolisierten Großbetriebe, die nach Struktur und Umfang für diese Betriebsform reif geworden sind. Kein einsichtiger Mensch kann daran denken, die Selbständigkeit der Mittel- oder Kleinbetriebe infrage zu stellen. Diese zu fördern und zu stärken ist ein aus vielen Gründen notwendiges Gebot.

Die angestrebte Neuordnung in der Wirtschaft ist aber an eine ganz allgemeine Generalvoraussetzung gebunden. Wir können die Wirtschaft nur neu ordnen, wenn wir das Verfügungsrecht über sie zurückerhalten und wenn uns endlich Klarheit über die Zukunft unserer Wirtschaft und über die Fragen der immer noch drohenden Demontagen gegeben wird. Ohne dieses Verfügungsrecht konstruieren wir in die Luft und laufen Gefahr, am Ende eine Fiasko zu erleben, das in seiner sozialen und politischen Auswirkung noch verhängnisvoller wäre als der Zustand der heutigen Unordnung. Die endgültige Neuordnung der Wirtschaft steht also in Abhängigkeit von dieser großen internationalen Entscheidung. Wer das übersehen wollte, würde seiner Verantwortung nicht gerecht. Aber schon heute müssen wir wissen, daß die soziale Neuordnung der Wirtschaft sich nicht automatisch vollzieht. Starke Volkskräfte müssen diese Entwicklung vorwärtstragen. Nichts wäre gefährlicher, als der falsche Glaube an die Wunderkraft des Staates. Der Staat hat nur soviel Kraft, als er vom Volke her bekommt. Die Gewerkschaften sind somit geradezu vor eine geschichtliche Aufgabe gestellt. Der Ernst und die Größe dieser Aufgabe und meine gewerkschaftliche Verantwortung zwingen mich, in diesem Zusammenhang ein offenes Wort zu sprechen und ich hoffe, von niemandem falsch verstanden zu werden.

Die Aufgaben der Gewerkschaften haben sich erweitert. Ihre praktische Stellung zur Wirtschaft hat sich aus dem Zeitlauf der Entwicklung geändert. Die früheren Fronten zwischen Kapital und Arbeit sind dabei, ineinander überzugehen. Die Gewerkschaften stehen der Wirtschaft nicht mehr in der alten Kampfstellung gegenüber, sie sind dabei, selbst Träger und weitgehende Gestalter der Wirtschaft zu werden. Als wertvollstes Kapital bringen sie die ihnen anvertraute menschliche Arbeitskraft in die Wirtschaft ein. Die Verantwortung für die Funkion der Wirtschaft ist damit zu einem erheblichen Teil auch auf die Gewerkschaften mit übergegangen. Damit bekommt die Wirtschaft von innen her ein neues Gesicht. Bei dem in Gemeineigentum oder in Gemeinwirtschaft überführten Betrieb richtet sich die Kritik über die sozialen Verhältnisse demnächst nicht mehr gegen den Kapitalisten von gestern, sondern gegen den neuen „Teilhaber" und Betriebsführer, der selbst aus der Arbeiterschaft und aus den Gewerkschaften kommt. Die Kritik würde sich nicht mehr richten können gegen eine feudale Obrigkeit, gegen Schlotbarone, sondern gegen die Demokratie, gegen den neuen Staat, die ja aus der Volkskraft kommen und in ihr beruhen. Die kommenden Entwicklungsvorgänge in der Wirtschaft führen also zur Selbstkritik. Das braucht keineswegs ein Nachteil zu sein, wenn in der Arbeiterschaft allseits erkannt wird, daß die Gewerkschaften in dieser Hinsicht vor entscheidenden volkspolitischen Aufgaben stehen. Diesen Aufgaben müssen sich die Gewerkschaften gewachsen zeigen. Nichts wäre verhängnisvoller, als ein Versagen und eine Enttäuschung. Sie bedürfen dazu der Kraft und des Vertrauens breitester Volksschichten. Ist diese Voraussetzung schon ausreichend gegeben? Ich sage nein. Das erklärt sich aus der politisch geistigen Lage unseres Volkes. Die früheren Richtungsgewerkschaften haben wir zugunsten der Deutschen Einheitsgewerkschaft aufgegeben, weil die gewerkschaftliche Einigung der deutschen Arbeiterschaft entscheidende Auswirkungen für die soziale Gesamtordnung haben kann. Dieses Einigungswerk muß innerlich ausreifen. Das aber ist nur möglich, wenn die religiöse und parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften unantastbarer Grundsatz wird. Parteipolitisch bedingte Bevorzugungen oder Benachteiligungen dürfen in der Gewerkschaftsarbeit nicht in Erscheinung treten, weil sie die Einigkeit empfindlich stören würden. Die Neutralisierung und Versachlichung der Gewerkschaften ist schon um der gewerkschaftlichen Aufgaben willen ein dringendes Gebot. Wer diese Bemühungen stört, gefährdet das gewerkschaftliche Einigungswerk der deutschen Arbeiter und schwächt damit den sozialen Gestaltungswillen in einer Stunde, wo ein einheitlicher Willenseinsatz schicksalhaft notwendig ist. Was wir mit dem Zusammenbrechen der gewerkschaftlichen Einigung aufgeben würden, möge jedem klar werden, der über die Parteigrenzen hinauszuschauen vermag und dem es um die Bildung einer führenden und autoritativen Volksdemokratie und einer notwendigen Völkersolidarität ernst ist. Das sollten alle bedenken, die es angeht.

Auch in politischer Hinsicht ist unser Volk dabei, eine neue Ordnung zu suchen. Über die zweckmäßige Form einer künftigen deutschen Verfassung gehen die Meinungen bei uns, aber noch stärker bei den Siegermächten, auseinander. Die richtige Lösung dieser Frage ist eine deutsche innerpolitische Aufgabe und muß aus den Fehlerquellen der deutschen Geschichte gefunden werden. Den zentralistischen Einheitsstaat haben wir in all seinen Auswirkungen erlebt. Wir konnten feststellen, daß er keinen Raum bietet für die politische Ausreifung des Volkes und für die Bildung politischer Selbstverantwortungen. Eine Demokratie, die Autorität haben und die die Politik wirklich führen und bestimmen soll, kann nur aus der Selbstverantwortung und Freiheit des Volkes wachsen. Der einheitsstaatliche Zentralismus bleibt blutleer, er führt am Ende trotz einer Formaldemokratie zum totalen Staatsbegriff und damit zur Erwürgung von Kräften, die den Volkscharakter bilden und den politischen Lebenswillen bestimmen. Andererseits kann das Heil nicht in der Bildung zahlreicher Einzelländer gefunden werden. Der durch die bisherige Länderbildung geschaffene Zustand kann kein Abschluß sein, weil er nicht einem staatspolitischen Bedürfnis entspricht und volkspolitisch keine ausreichende Begründung hat. Völlig undiskutabel ist der Gedanke eines deutschen Staatenbundes. Seine Verwirklichung würde die Atomisierung des Reiches und den Zerfall des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens bedeuten. Die heutigen Zonenverhältnisse sind ein eindringlicher und demonstrativer Beweis dafür. Die staatspolitische Kunst besteht in der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen einem gesunden Föderalismus und dem Gedanken der Reichseinheit, wobei dem Reich in allen Fragen, die nicht engere Länderangelegenheiten betreffen, der unbedingte Vorrang zuerkannt werden muß. Die derzeitigen Länder und ihre verantwortlichen Männer können daher nur Treuhänder dieser größeren Regelung sein. Es darf zwischenzeitlich nichts verbaut werden, was einer solchen künftigen Reichsgründung im Wege steht.

Deutschland ist von fremden Mächten besetzt und in Besatzungszonen aufgespalten. Die Besetzung eines Landes durch fremde Militärmächte ist das bitterste, was über ein Volk verhängt werden kann. Selbst wenn eine Besatzung sich um Verständnis und Rücksicht bemüht, ist es für das betroffene Volk schwer, einen tieferen geschichtlichen Sinn in einer solchen Besetzung zu finden. Alles aber, was Gottes Wille in der Welt zuläßt, kann auch einen positiven Sinn erhalten.

Das deutsche Volk hat als Folge seiner Niederlage und als Ergebnis einer Katastrophenpolitik die Besetzung seines Landes auf sich genommen. Es ist sühnebereit und kennt eine Wiedergutmachungspflicht gegenüber den anderen Völkern an. Sein Wille zur Mitarbeit am europäischen Wiederaufbau ist eindeutig und klar. Deutschland hat tief erkannt, daß seine Aufgabe nicht in der Eroberung und Restaurierung militärischer Machtvorstellungen besteht, sondern daß es in Erfüllung seiner Mission eine unbewaffnete und geistige Mittler-

rolle in Europa zu übernehmen hat. Deshalb kann es für Deutschland weder heute noch in der Zukunft irgendeine Blockpolitik geben. Wir machen daher keine englische, amerikanische, russische oder französische Politik, wir können nur eine deutsche Aufgabe für Europa erfüllen und bestrebt sein, mit allen Mächten ein gutes und friedliches Verhältnis zu schaffen. Zunächst können wir diese Aufgabe nur passiv erfüllen, weil wir noch nicht berechtigt und in der Lage sind, eine selbständige und aktive Außenpolitik zu betreiben. Aber unser Land ist der Boden, auf dem sich andere Völker mit unserem Volk begegnen. Eine solche Begegnung braucht nicht nur Last und nur Entbehrung zu sein, sie kann eine positive Wirkung haben, wenn sich die Siegermächte mit uns in der versprochenen Absicht treffen, den Kriegsgeist zu bannen und eine Friedensentwicklung für die Welt einzuleiten. Die Völker der Siegermächte haben sich zusammengefunden, um die durch den Nationalsozialismus erfolgte Bedrohung der Welt zu beseitigen. Der Sieg ist gemeinsam erkämpft und errungen worden. Aber dieser Sieg hat zunächst nur ein Negatives beseitigt, jetzt gilt es, den Frieden und die europäische Ordnung zu gewinnen. Nicht nur für uns, sondern für Europa und die Welt ist entscheidend, ob Machtwille und imperialistische Herrschsucht den Weg der Sieger bestimmen oder ob sie sich leiten lassen von der Erkenntnis, daß die Welt nach einem neuen Geist verlangt. Die Herstellung des Friedens bedeutet die Liquidation einer unerhörten Weltkatastrophe. Wenn aber der Wille zum Frieden und zur europäischen Ordnung eine Realität und keine Täuschung sein soll, dann erhalten die demnächstigen Verhandlungen in Moskau eine einmalige Weltbedeutung. Die Liquidation des erlebten Weltdramas erfordert aber die Anwendung völlig neuer Methoden. Das veralterte Verfahren mit der Schaffung von Gewaltverträgen wäre der Aufgabe nicht gewachsen und würde nur heute oder morgen Folgen zeitigen, die wir allzu klar aus der Geschichte erkennen. Verträge oder Entscheidungen, die nicht zu einem Aufatmen der Völker führen, verfehlen ihren psychologischen und politischen Zweck, weil sie Hoffnung und Vertrauen nicht aufkommen lassen und das innere Verlangen der Völker nicht befriedigen. Das aber würde die Welt nicht zur Ruhe und nicht zur Gesundung führen. Nicht Gewalt und Unterdrückung, nicht Habgier und Annektionen können den Frieden schaffen. Der Friede wird nur zu gewinnen sein, wenn Gerechtigkeit, Vernunft, guter Wille und ein mutiges Herz ihn schaffen.

Die politische Ausrichtung des deutschen Volkes ist eine wichtige Aufgabe der deutschen Parteien. Auch hierzu noch ein Wort:

Unser Verhältnis zu den übrigen Parteien wird von zwei Grundsätzen beherrscht:

1. Gesundes politisches Leben kann nur entstehen, wenn der ehrliche Wille zur Zusammenarbeit vorhanden ist. Totalitäts- und Machtansprüche gegenüber anders gesinnten Volksgruppen sind genau so verwerflich wie Totalitäts- und Machtansprüche gegenüber anderen Völkern. Das gleiche Gesetz friedlicher Duldsamkeit muß die innere Politik ebenso beherrschen wie die Außenpolitik.
2. Aus diesem Grundsatz ergibt sich die ehrliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Parteien, soweit diese die gleichen demokratischen Prinzipien vertreten. Diese Bereitschaft ist nicht mehr gegeben, wenn politische Gruppen entstehen sollten, die die Grundsätze der Demokratie ablehnen oder mißbrauchen.

In den Jahren 1918 bis 1933 hat der Demokratie ein Geist der Todfeindschaft gegenübergestanden. Mit den Mitteln und Methoden der Demokratie wurde der Weimarer Staat zum Erliegen gebracht. Daß sich die Demokratie gegen diese Kräfte nicht ausreichend zur Wehr gesetzt hat, bleibt ihre große Unterlassungssünde und bleibt die schuldhafte Schwäche der Demokraten.

In den qualvollen Jahren des Dritten Reiches fanden alle, die sich vom Ungeist und Machtwahn freigehalten hatten, einen tiefen Trost und eine Hoffnung in der Tatsache, daß alle zusammenstanden, die das politische System des inneren und äußeren Terrors ablehnten. Was früher zwischen diesen Menschen störend gestanden hatte, trat zurück, nur noch das Gemeinsame, die Sorge um die Zukunft und um die Freiheit des Volkes hatte Bedeutung. Je zahlreicher die Opfer wurden, die den politischen Richtungen abgefordert wurden, desto enger wurde die Verbundenheit zwischen den Überlebenden. Jeder wußte zwar, daß am Ende der Schreckenszeit grundsätzliche Verschiedenheiten wieder eine sichtbarere Abgrenzung schaffen würden. An eine Einheitspartei hat daher auch damals niemand gedacht. Alle waren sich einig, daß diese Unterschiede wieder zu kämpferischen Auseinandersetzungen führen würden und daß eine solche Auseinandersetzung zum Wesen des politischen Lebens gehört. Man war sich aber ebenso einig, daß diese Auseinandersetzungen nicht hemmungslos geführt werden dürften, sondern daß an ihre Stelle die sachliche Diskussion zu treten hätte. Es war gewissermaßen ein stilles Gelöbnis, die alten Formen des parteipolitischen Zankes als überwunden zu betrachten. Nichts sollte in der Zukunft Bedeutung haben, was der Demokratie, ihrem Ansehen und ihrem Wachstum schaden könnte. Alles müsse gemeinsam getragen und gefördert werden, was die Demokratie in den Köpfen und Herzen unseres Volkes begründen und vertiefen könne. Die Not der Unterdrückung und Verfolgung ließen diese Einsicht und diesen Vorsatz wachsen. Dieses Bewußtsein linderte nicht selten den Schmerz über die Peinigungen, die ein wahnwitziger Cäsarenstaat einem ganzen Volke auferlegte. Sind diese Erkenntnisse und Vorsätze bis zur Stunde fruchtbar geworden? Haben die damaligen Einsichten sich als ausreichend stark genug erwiesen? Mit tiefer Enttäuschung und schmerzlicher Sorge müssen wir diese Frage verneinen. Wiederum beobachten wir das Absinken in alte und überholte Vorstellungen und Bindungen, die gegenüber den Aufgaben der Stunde jämmerlich und gewichtslos erscheinen. Wiederum, wie in den Jahren vor 1933, müssen wir feststellen, daß das Wort Demokratie für viele nicht Selbstverantwortung, sondern Machtstreben bedeutet. Wiederum wird nicht staatspolitisch, sondern interessenpolitisch gedacht und gehandelt. Wiederum besteht die Gefahr, in einer parteipolitischen Enge zu verkrampfen. So sind bereits die ersten bedenklichen Schritte auf einem Gefahrenweg gegangen worden, den wir bereits einmal nach 1918 zu unserem und zum Unheil Europas beschritten haben. Schon einmal standen wir vor der Frage, ob wir eine wahre Demokratie verwirklichen oder der Parteiherrschaft nachjagen wollen. Soll sich nun gleiches wiederholen? Und sollen am Ende Leid, Verfolgung und Tod vergebens gewesen sein?

Politisches Leben ist Kampf und es besteht darin, daß man versucht, eigene Auffassungen anderen Parteien gegenüber zur Geltung zu bringen. Wir wären politische Kinder und weltfremde Träumer, wenn wir diese Tatsache nicht erkennen wollten.

Wenn wir aber übersehen würden, daß hinter den parteipolitischen Auseinandersetzungen das Wohl des ganzen Volkes stehen muß und daß parteipolitische Sonderinteressen zurückzutreten haben, wenn es sich um das Leben des Volkes handelt, dann wären wir keine Träumer mehr, sondern Wahnsinnige. Unser Programm und unser politischer Wille ist eindeutig und klar. Jedermann weiß, worin wir uns grundsätzlich von den anderen Parteien unterscheiden und worin wir mit ihnen übereinstimmen. Mit allen Parteien können wir große Wegstücke gemeinsam gehen. Echte Zusammenarbeit aber setzt gleiche Bereitschaft auf beiden Seiten voraus, wenn sie innerlich wahr und in der Sache fruchtbar werden soll. Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich will nicht untersuchen, mit welchen Parteien uns mehr und mit welchen uns weniger verbindet. Ich will keine Vorwürfe zu bestimmten Einzelfragen, zu Äußerungen und Handlungen einzelner Politiker erheben, aber ich kann für mich selbst

und mit guter Gewißheit auch für meine Partei, die Christlich-Demokratische Union, das feierliche Gelöbnis ablegen, daß in allem, was wir tun und lassen, das Volk immer wichtiger für uns sein wird als die Partei. Ich beschwöre alle, für die die Worte Demokratie, Volkswohl und Verantwortung keine Lippenbekenntnisse, sondern eine Sache des Herzens sind, in gleicher Weise zu handeln und bereit zu sein, aus Irrtum und Schuld die Lehre zu ziehen und gleichermaßen dazu beizutragen, nach Chaos und Wahnwitz wieder aufzubauen einen freien, einen sozialen und einen wahrhaft demokratischen Volksstaat.

Das Schicksal und die Zeit hat uns diese Aufgabe gestellt. Versagen wir, dann wird das Todesurteil über uns gesprochen werden.

Wir Arbeiter in der Christlich-Demokratischen Union wollen diesen Kampf führen mit Hingabe und Opferkraft, weil wir auf Christus schauen und an die Zukunft unseres Volkes und an den Fortschritt der Menschheit glauben.

Anträge der CDU-Fraktion des Landtages zur Neuordnung der Großwirtschaft an Rhein und Ruhr

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt die beigefügten sechs Anträge:

1. Zur Entflechtung von Bergbau, eisenschaffender und chemischer Großindustrie,
2. Zur Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft,
3. Zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
4. Zur Planung und Lenkung der Wirtschaft,
5. Zur Offenlegung der Besitzverhältnisse in Bergbau, eisenschaffender sowie chemischer Großindustrie,
6. Zur Übertragung der entsprechenden Kompetenzen auf die deutsche Gesetzgebung.

Zur Begründung dieser Anträge wird folgendes ausgeführt:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.

Das vergangene System der unumschränkten Herrschaft des Privatkapitalismus war dadurch gekennzeichnet, daß es zu gewaltigen Zusammenballungen wirtschaftlicher Macht in den Händen von wenigen geführt hat. Da aber zusammengeballte wirtschaftliche Macht gleichzeitig auch politische Macht bedeutet, war dadurch die Freiheit des einzelnen im Staate gefährdet. Tatsächlich ist in den vergangenen Jahrzehnten die wirtschaftliche Macht in entscheidender Weise zum Schaden des deutschen Volkes mißbraucht worden. Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht zeigt sich in erster Linie in der Bergwerks-, eisenschaffenden und chemischen Großindustrie, welche in einer Weise untereinander verflochten sind, die mit dem öffentlichen Interesse nicht mehr vereinbar ist. Der erste Antrag der CDU-Fraktion bezweckt die Entflechtung der übergroßen Machtgebilde in den genannten Großindustrien. Gleichzeitig wird damit dem Gesichtspunkt Rechnung getragen, daß nach dem Urteil erfahrener Wirtschaftler von einer bestimmten Betriebsgröße ab die Rentabilität der Unternehmungen nicht mehr ansteigt, sondern eher absinkt.

Bei der Entflechtung ist nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten davon auszugehen, daß die neu entstehenden Einheiten bei dem normalen Gang der Wirtschaft lebensfähig und dem Ausland gegenüber wettbewerbsfähig bleiben. Gewachsene Wirtschaftseinheiten, die keinerlei Gefahr in staats- oder sozialpolitischer Hinsicht bedeuten, dürfen keinesfalls zerstört und die Volkswirtschaft insgesamt dadurch geschädigt werden. Die britische Militärregierung hat zwar einen Anfang mit der Entflechtung gemacht. Da aber dieses Verfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit und Ausschluß der deutschen parlamentarischen

Kontrolle, in der sich die Summe der deutschen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfahrungen darstellt, vor sich geht, läßt sich in keiner Weise beurteilen, ob den oben genannten Gesichtspunkten dabei Rechnung getragen wird. Es ist deshalb erforderlich, daß von deutscher Seite aus konkret zu den mit der Entflechtung zusammenhängenden Fragen Stellung genommen wird.

In der Kohlenwirtschaft würde die Loslösung des Bergbaus von der Eisenwirtschaft wesentlich zur Entflechtung beitragen, soweit nicht im Einzelfalle wirtschaftliche Bedenken dagegen bestehen. Die verbleibenden Einheiten dürfen unter Berücksichtigung der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nicht unter eine Kapazität sinken, die ein Höchstmaß von Wirtschaftlichkeit ermöglicht.

Bezgl. der chemischen Großindustrie wird besonders darauf verwiesen, daß die IG-Betriebe in Elberfeld und Leverkusen der Vorprodukte des Werkes in Ürdingen bedürfen, so daß eine Zerreißung unangebracht erscheint. Dagegen könnten ohne weiteres angegliederte Werke wie z. B. die recht bedeutenden Unternehmungen der Sprengstoffindustrie ausgegliedert werden. Im übrigen sind bei der Entflechtung der chemischen Industrie als einer unserer maßgebenden Devisenbringer ganz besonders vorsorgliche und pflegliche wirtschaftliche Gesichtspunkte anzuwenden.

Der zweite Antrag der CDU-Fraktion bezgl. der Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft dient ebenfalls dem Zwecke der Beseitigung von wirtschaftlichen Machtzusammenballungen, durch welche die politische Freiheit des einzelnen gefährdet wird. Gleichzeitig soll die Bindung an die Gesamtheit des Volkes dadurch herbeigeführt werden, daß den öffentlichen Interessen und den Interessen der Arbeitnehmer der entscheidende Einfluß eingeräumt wird. Die Einführung des machtverteilenden Prinzips verhindert das Entstehen staatskapitalistischer Formen, die abzulehnen sind, weil auch die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der Hand des Staates geeignet ist. die politische Freiheit zu beeinträchtigen. Demselben Zweck dient die Begrenzung der Höhe des Besitzes sowohl in der privaten wie in der öffentlichen Hand. Hinsichtlich der Neuverteilung des Besitzes ist zu erwarten, daß gerade an den privaten Stellen, in deren Hand sich bislang der Besitz zusammenballte, sehr beträchtliche Besitzanteile durch Verurteilung als Kriegsverbrecher oder durch Einziehung im Wege der Entnazifizierung frei werden. Andere ehebliche Teile des bisherigen Privatbesitzes werden zwangsläufig durch den Lastenausgleich abgestoßen werden müsen.

Die CDU ist der Ansicht, daß die Neuordnung der Struktur der Wirtschaft und der Besitzverhältnisse begleitet sein muß von der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, womit sich der dritte Antrag der CDU befaßt. Dieser will die Stärkung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage des einzelnen Arbeitnehmers herbeiführen, um ihm damit Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Der Antrag der CDU-Fraktion befaßt sich bewußt vorerst nur mit der Neuordnung in den Großbetrieben, in denen das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht. Die Neuordnung in den Großbetrieben erscheint besonders vodringlich und kann durchgeführt werden, ohne daß dadurch der allgemeinen zukünftigen Arbeitsordnung vorgegriffen wird. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung, ihre Vertretung in Aufsichtsräten und Vorstand sowie die Ausgestaltung der Rechte des Betriebsrates in diesem Zusammenhang sind die vordringlichsten Fragen, welche der Regelung bedürfen. Ebenso wichtig erscheint aber auch das grundsätzliche Recht der Arbeitnehmer auf Beteiligung am Ertrage. Die Landtagsfraktion der CDU ist der Ansicht, daß eine gesellschaftliche Reform nur dann Anspruch auf diesen Namen erheben kann, wenn sie auf die Dauer dem einzelnen Arbeitnehmer eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage bringt.

Der vierte Antrag der CDU-Fraktion erstrebt eine möglichst baldige gesetzliche Regelung der wirtschaftsdemokratischen Selbstverwaltung. Die heute mehr denn

je notwendige Planung und Lenkung der Wirtschaft entbehrt z. Z. jeder festen Grundlage. Die Organisationsprinzipien müssen einheitlich festgelegt und dem Vorstadium der Verhandlungen zwischen den Interessengruppen entzogen werden. Besonderen Wert legt die CDU in diesem Zusammenhang auf die Beteiligung der Verbraucher an den Planungs- und Lenkungsaufgaben, um der Bildung neuer Interessentengruppen zu Lasten der breiten Schicht der Verbraucher vorzubeugen. Die endgültige Regelung kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Der fünfte Antrag der CDU-Landtagsfraktion erstrebt die Offenlegung der Besitz- und Machtverhältnisse in Bergbau, eisenschaffender und chemischer Großindustrie. Die Neuordnung hat zur Voraussetzung eine genaue Kenntnis der gegenwärtigen Besitzverhältnisse, um den Umfang der zu treffenden Maßnahmen festzustellen und verhängnisvolle Fehlleitungen zu vermeiden. Die Neuordnung kann nur dann erfolgen, wenn die alte Ordnung in vollem Umfang bekannt ist.

In der gesamten Wirtschaft ist die private Initiative zu erhalten und zu entwickeln. Klein- und Mittelbetriebe sind um ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedeutung willen zu unterstützen und zu fördern.

Alle von den vorgenannten Anträgen erfaßten Gebiete sind z. Z. noch der Zuständigkeit der Landesregierungen und damit der Landtage entzogen. Es sind sich aber wohl alle Parteien darüber einig, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Reform weder unter völkerrechtlichen noch unter demokratischen Gesichtspunkten von außen auferlegt werden kann. Sie muß vielmehr vom Willen der Deutschen selbst getragen sein, um Bestand zu erhalten. Am besten würde dieses Ziel dadurch erreicht werden, daß die Neuregelung auf der Basis des deutschen Gesamtstaates vorgenommen wird. Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß die sozialen Gründe keinen langen Aufschub mehr zulassen. Außerdem sollte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung am Anfang des Anlaufens der Wirtschaft stehen, damit Störungen durch spätere Eingriffe vermieden werden.

Die CDU ist deshalb der Ansicht, daß die Zuständigkeit des Landtages entsprechend ausgeweitet werden muß. Bis zur Schaffung einer deutschen Gesamtregierung sollten Formen gefunden werden, die eine Abstimmung der zu treffenden Maßnahmen in den einzelnen Ländern sicherstellen. Falls aber die Militärregierung sich nicht dazu entschließen könnte, eine entsprechende Kompetenzerweiterung der Landtage vorzunehmen, sollte es unter allen Umständen vermieden werden, endgültige Maßnahmen oder solche Maßnahmen zu treffen, welche die erforderliche Neuordnung entscheidend vorwegbestimmen, ohne daß den Deutschen auf demokratischem Wege die Möglichkeit zur Willensäußerung gegeben ist. Insbesondere erscheint es auch erforderlich, daß die wirtschaftliche Neuordnung eines solchen komplizierten Gebildes wie z. B. der Ruhrindustrie unter stärkster Einschaltung der in diesem Gebiet tätigen deutschen Sachkenner erfolgt, weil nur diese über die notwendigen Kenntnisse auf Grund der besonderen, in mancher Beziehung vom Ausland verschiedenen Struktur der Ruhrindustrie verfügen.

Adenauer — Gronowski
Arnold — Albers — Alef — Blank — Ernst
Jöstingmeier — Rippel — Schepmann

CDU-Fraktion des Landtages

Betr.: Entflechtung von Bergbau, eisenschaffender und chemischer Großindustrie.

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Entflechtung des Bergbaus, der eisenschaffenden und chemischen Großindustrie hat nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

1. Die Wirtschaft muß wieder ihrem natürlichen Zweck, nämlich der Bedarfsdeckung, zugeführt werden. Die privatkapitalistischen Konzern- und Machtbildungen in Bergbau und in der Großindustrie werden auf dem Wege der Entflechtung aufgelöst, weil sie ihren Einfluß und ihre Machtstellung zum Nachteile des Staates und der Gesellschaft mißbraucht haben.

2. Die Kohlenwirtschaft ist grundsätzlich von der Eisenwirtschaft zu trennen, soweit nicht entscheidende wirtschaftliche Gesichtspunkte dem entgegenstehen. Wirtschaftliche Gebilde des Bergbaus mit einer Jahreskapazität von mehr als 5 000 000 t sind durch Zerlegung auf diese Durchschnittskapazität zurückzuführen, falls nicht besondere wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Ausnahme rechtfertigen.

3. Die neu entstehenden Einheiten müssen, auch dem Ausland gegenüber, wettbewerbsfähig bleiben.

4. In der eisenschaffenden Großindustrie sind die bestehenden Mammutgebilde zu beseitigen. Beteiligungen, die nicht organisch und betriebswirtschaftlich mit den eisenschaffenden Industrien in Zusammenhang stehen, sind abzustoßen. Alle zum Konzern zusammengeschlossenen, nicht organisch mit der eisenschaffenden Industrie verbundenen Teile sind abzutrennen — alle mit ihr organisch zusammenhängenden, den Wirtschaftszweck fördernden Anlagen dürfen nicht für sich allein verselbständigt werden. Die Entflechtung hat unter Berücksichtigung verbundwirtschaftlicher Gesichtspunkte vertikal, nicht horizontal zu erfolgen.

   Es ist Rücksicht zu nehmen

   a) auf volkswirtschaftliche Belange,
   b) auf die Belange der in den Werken Beschäftigten,
   c) auf die große Zahl der an diesen Unternehmungen beteiligten Personen, insbesondere Kleinaktionäre.

5. In der chemischen Industrie ist insbesondere die IG-Farbenindustrie AG in eine Reihe von Einzelunternehmungen zu zerlegen. Die s. Z. zu der IG-Farbenindustrie zusammengeschlossenen Werke sind möglichst wieder selbständig zu machen, unter Lösung von denjenigen neuen Beteiligungen, die sie inzwischen erworben haben und die nicht notwendigerweise zu dem Arbeitsgebiet der chemischen Grundindustrien gehören. Die drei reinen Chemiebetriebe Ürdingen, Elberfeld und Leverkusen sind in einem Unternehmen vereinigt zu belassen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sinne dieser Grundsätze bei der Militärregierung vorstellig zu werden, soweit deren Zustimmung erforderlich ist.

Adenauer
Arnold Albers Alef Blank Ernst
Jöstingmeier Rippel Schepmann
Gronowski

CDU-Fraktion des Landtages

Betr.: Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft.

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Bei den Schlüsselindustrien des Landes (Bergbau, eisenschaffende und chemische Großindustrie) und bei sonstigen Großunternehmen mit monopolartigem Charakter ist das machtverteilende Prinzip wie folgt zur Anwendung zu bringen:

I. Der Bergbau wird auf dem Wege der Vergesellschaftung in die Form der Gemeinwirtschaft überführt. Wenn sich in besonderen Fällen der Staatsbetrieb als zweckmäßig erweisen sollte, kann auch diese Form gewählt werden. Dabei soll aber die Führung des Betriebes nicht einer staatlichen Regie, sondern Organen übertragen werden, die das Unternehmen bei voller wirtschaftlicher Selbstverantwortlichkeit und Initiative zu führen haben. Erfahrene Männer des Bergbaus müssen entscheidend eingeschaltet bleiben. Die eisen- und stahlerzeugende sowie chemische Großindustrie und die Großindustrien mit monopolartigem Charakter werden gleichfalls auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage neu geordnet.

   Die durch gesetzliche Maßnahmen herbeizuführende Gemeinwirtschaft für den Bergbau und die anderen oben aufgeführten Industrien werden dadurch gekennzeichnet, daß die bisherige Vorherrschaft des Privatkapitals aufgehoben und daß ein machtverteilendes Prinzip auf der Grundlage einer Beteiligung von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Arbeitnehmern und Genossenschaften herbeigeführt wird. Diese Beteiligungen haben so zu erfolgen, daß die Vertreter des nicht-privaten Kapitals in jedem Falle die Mehrheit des Stimmrechtes besitzen.

II. Zur Verwirklichung dieser Grundsätze sollen die folgenden Maßnahmen getroffen werden:

   1. Die Vertreter des nicht-privaten Kapitals sind in der Weise am Aktienkapital dieser Gesellschaften zu beteiligen, daß sie zusammen — jedoch keiner von ihnen allein — die absolute Mehrheit der Stimmen in den Hauptversammlungen dieser Gesellschaften haben.

   2. Kein Aktionär der privaten Hand und kein Beauftragter darf über mehr als 10 %, kein Aktionär des nicht-privaten Kapitals über mehr als 15 % der Stimmen in der Hauptversammlung direkt oder indirekt verfügen.

      Hiervon kann abgewichen werden bei Betrieben, die sich bereits im Besitz der öffentlichen Hand befinden oder deren Überführung in die öffentliche Hand sich als zweckmäßig erweist.

   3. Die zur Beteiligung der Vertreter des nicht-privaten Kapitals erforderlichen Änderungen der Besitz- und Machtverhältnisse sind wie folgt vorzunehmen:

      a) Zunächst ist der bisherige private Besitz heranzuziehen, der entschädigungslos frei wird auf Grund einer Verurteilung als Kriegsverbrecher oder auf Grund der Entziehung aus politischen Gründen im Rahmen der gesetzmäßigen Maßnahmen.

      b) Es ist der bisherige private Besitz zu verwenden, der im Rahmen des kommenden Lastenausgleiches und der damit verbundenen direkten oder indirekten Vermögensabgabe frei wird. Im Rahmen der zu erwartenden Maßnahmen kann eine vorschußweise Heranziehung dieses Besitzes erfolgen.

c) Reicht der unter a) und b) genannte freiwerdende Besitz nicht aus, so sind den Vertretern des nicht-privaten Kapitals Aktien mit vielfachem Stimmrecht in dem erforderlichen Umfang zuzuteilen.

4. Rechtmäßig erworbenes Eigentum, mit dem politischer Mißbrauch nicht getrieben wurde, ist im übrigen bei der Durchführung dieser Neuordnung im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu achten.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sinne dieser Grundsätze bei der Militärregierung vorstellig zu werden, soweit deren Zustimmung erforderlich ist.

Adenauer
Arnold Albers Alef Blank Ernst
Jöstingmeier Rippel Schepmann

Gronowski

CDU-Fraktion des Landtages

Betr.: Neuordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat unter Zugrundelegung folgender Grundsätze zu erfolgen:

1. In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen.
2. Zu diesem Zwecke ist den Arbeitnehmern des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z. B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung einzuräumen. Das Gesellschaftsrecht bedarf einer entsprechenden Reform unter gleichzeitiger Stärkung der Stellung des Aufsichtsrates gegenüber der Verwaltung.
3. Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand soll ein langjähriger Betriebsangehöriger in den Vorstand des Unternehmens als ordentliches Vorstandsmitglied berufen werden. Die Berufung soll auf Vorschlag der Betriebsangehörigen erfolgen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.
4. Dem von der Belegschaft gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen berühren. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten, und den Betriebsratsangehörigen ist ein Anspruch auf Auskunftserteilung in diesen Besprechungen zuzubilligen.
5. Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrage gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung.

Die Landesregieung wird ersucht, im Sinne dieser Grundsätze bei der Militärregierung vorstellig zu werden, soweit deren Zustimmung erforderlich ist.

Adenauer
Arnold Albers Alef Blank Ernst Jöstingmeier Rippel Schepmann

Gronowski

CDU-Fraktion des Landtages

Betr.: Planung und Lenkung der Wirtschaft.

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Planung und Lenkung der Wirtschaft hat nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

1. Die Planung und Lenkung der Wirtschaft bedarf dringend der gesetzlichen Regelung. Die Erörterung der damit in Zusammenhang stehenden Fragen in der Öffentlichkeit ist soweit fortgeschritten, daß ein gewisser Abschluß möglich erscheint.
2. Die Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft wahrgenommen werden. In diesen Selbstverwaltungskörperschaften müssen Unternehmer, Arbeiter und Verbraucher gleichberechtigt vertreten sein.

   Es wird hierzu auf die entsprechenden Vorschläge verwiesen, die die CDU bereits im November 1945 gemacht hat, als sie den amtlichen Stellen den Plan einer paritätischen Zusammensetzung der Kammern (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer) und der Bildung regionaler Wirtschaftskammern vorlegte.
3. Diese Selbstverwaltungskörperschaften unterliegen letzten Endes parlamentarischer Kontrolle.
4. Planung und Lenkung der Wirtschaft sind nicht Selbstzweck, sondern dienen nur dem allgemeinen Wirtschaftszweck, nämlich der Bedarfsdeckung des Volkes. Planung und Lenkung müssen deshalb auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sinne dieser Grundsätze bei der Militärregierung vorstellig zu werden, soweit deren Zustimmung erforderlich ist.

Adenauer
Arnold Albers Alef Blank Ernst Jöstingmeier Rippel Schepmann

Gronowski

CDU-Fraktion des Landtages

Betr.: Offenlegung der Besitzverhältnisse im Bergbau, in eisenschaffender und chemischer Großindustrie.

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, sofort Ermittlungen anzustellen über die Besitzverhältnisse im Bergbau und in der eisenschaffenden sowie chemischen Großindustrie und das Ergebnis dem Landtag vorzulegen.

Adenauer
Arnold Albers Alef Blank Ernst
Jöstingmeier Rippel Schepmann

Gronowski

CDU-Fraktion des Landtages

Die CDU-Fraktion des Landtages stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, der Militärregierung folgende Stellungnahme des Landtages zur Kenntnis zu bringen:

1. Die Entflechtung der Großindustrien, die Neuordnung der Besitz- und Machtverhältnisse in der deutschen Wirtschaft sowie die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern können nur vom deutschen Volke selbst auf demokratischem Wege vorgenommen werden.
2. Die in Ziffer 1 genannten Maßnahmen sollten deshalb der Entscheidung der Deutschen selbst vorbehalten bleiben.
3. Zu diesem Zwecke sollte bis zur Reichsregelung den Landtagen, abweichend von dem bisherigen Zustande, umgehend das Recht übertragen werden, die notwendigen Maßnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen.
4. Der Landtag bittet die britische Militärregierung deshalb, von endgültigen Maßnahmen auf den in Ziffer 1 genannten Gebieten abzusehen, bis die Zuständigkeit des Landtages auf diese Gebiete ausgedehnt ist.
5. Die Einsetzung von geeigneten deutschen Treuhändern zur vorübergehenden Verwaltung erscheint angebracht, wird aber nicht als endgültige Maßnahme betrachtet.

Adenauer
Arnold Albers Alef Blank Ernst
Jöstingmeier Rippel Schepmann
Gronowski

Begründung der CDU-Anträge vor dem Landtag durch Dr. Konrad Adenauer

Lassen Sie mich Ihnen hier sagen, daß die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und den Großunternehmen uns mindestens so am Herzen liegt wie die Regelung der Macht- und Besitzverhältnisse in der Wirtschaft. Der Arbeitnehmer hat in allererster Linie ein Interesse daran, welche Stellung er in seinem Unternehmen hat, ob er in seinem Unternehmen, wenn es sich um ein Großunternehmen handelt, lediglich ein Rädchen in einer großen Maschine ist, das sich sinnlos dreht Tag für Tag und Jahr für Jahr, oder ob er in diesem Betrieb angesehen wird als ein Mitschaffender, als einer, der gleichberechtigt mitschafft. Darum haben wir in den verschiedenen Anträgen, die wir Ihnen unterbreiteten, gerade diese Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen dem Arbeiter und seinem Unternehmen als eine der wesentlichsten und der wichtigsten Aufgaben überhaupt dargelegt.

Was hat denn schließlich der Arbeiter davon, wenn er in einem Staatsbetrieb schuften muß, sinnlos schuften muß oder ob er in einem Privatbetrieb sinnlos schuften muß. Für ihn bleibt die sinnlose Schufterei in dem einen oder dem anderen Falle. Ich würde es begrüßt haben, wenn die KPD und die SPD gerade dieser Frage, der Frage des Menschen in der Arbeit, der Frage des Menschen im Großunternehmen viel mehr ihre Aufmerksamkeit gewidmet hätten als der Regelung der Machtbefugnisse.

In Ihren Anträgen steht nichts davon drin. In den Anträgen der SPD und der KPD liest man in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen, in dem die Wirtschaft Deutschlands völlig zusammengebrochen ist und in dem die Menschen verelenden, und in dem es sich darum handelt, entschlossen einen Strich zu ziehen unter die Vergangenheit, unter die Vergangenheit des Kapitalismus sowohl wie des marxistischen Sozialismus und den Menschen wieder in der Arbeit zu Ehren zu bringen, — davon liest man nichts. Ich hätte es unendlich viel lieber gesehen, wenn die beiden Herren in ihren Anträgen sich damit beschäftigt hätten.

Meine verehrten Damen und Herren! In der Begründung, die wir unseren Anträgen gegeben haben, haben wir mit aller Klarheit und Deutlichkeit gesagt, wie wir zu dem Kapitalismus stehen. Unter Kapitalismus verstehen wir eine Erscheinungsform der Wirtschaft, in der der Profit des Kapitals das allein Ausschlaggebende war. Diese Wirtschaftsform ist vorbei. Sie will keiner von uns jemals wiedersehen. Das haben wir laut und deutlich ausgesprochen.

In der letzten Session des Landtages habe ich zur Sprache gebracht, daß der Führer der SPD, Herr Dr. Kurt Schumacher, einem Vertreter eines englischen Blattes gegenüber erklärt hat — das ist besonders schwerwiegend —: zwar seien die zwölf Familien, die die Ruhrindustrie beherrscht hätten, jetzt ihres Besitzes entkleidet, aber ihre Erben und ihre Verwanden warteten darauf, wieder ihre Erbschaft anzutreten und die seien alle in der CDU. Ich habe hier von diesem Platz aus Herrn Dr. Schumacher aufgefordert, Namen zu nennen und habe erklärt: wenn Herr Schumacher nicht innerhalb gemessener Frist Namen nennt,

dann wird die Öffentlichkeit wissen, was sie von derartigen Behauptungen des Herrn Dr. Schumacher zu halten hat.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß eine parteiamtliche Veröffentlichung der Sozialdemokratischen Partei erfolgt ist, in der keine einzigen Namen genannt worden sind. Ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß wir alle miteinander all das wollen und durchführen wollen, was wir Ihnen hier unterbreiten. Wir wollen — ich bitte Sie, auch die Herren von der SPD — ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß das unser entschlossener und entschiedener Wille ist. Wir haben uns in der CDU auf das große Werk — und die Wirtschaftsgeschichte wird einmal das, was wir Ihnen unterbreiten, als ein großes Werk bezeichnen — geschlossen geeinigt, alle miteinander, gleichgültig welchen Standes, gleichgültig, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer, ob Fabrikant, ob Landwirt, wir alle haben uns auf diesen Boden gestellt.

Daß, meine Damen und Herren, wenn sich eine große Partei auf ein so ausgeprägtes und so entschiedene Forderungen stellendes Werk einigt, natürlich der eine und der andere etwas von seinem Standpunkt abgeben muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn wir in der CDU alle uniform dächten, nun, dann hätten wir sofort wieder die NSDAP, und das wollen wir doch nicht. Nur darauf, daß auch in einer Partei gegensätzliche Meinungen offen ausgesprochen werden, daß der eine den anderen zu überzeugen versucht und daß der eine dem anderen dann auch dies und jenes zugesteht, nur aus diesem Handeln, aus diesem lebendigen Leben kann doch wirklich ein Fortschritt erwachsen. Ich wünsche Ihnen nur, meine Herren von der SPD, daß Sie Ihre so außerordentlich voneinander abweichenden Meinungen eines Tages so geschlossen auf einen Nenner bringen möchten, wie wir das getan haben.

Meine Damen und Herren! Über die Verflechtung der Wirtschaft ist mit Recht in der Vergangenheit und auch jetzt als Ursache vielen Unheils, das über das deutsche Volk gekommen ist, gesprochen worden und in gleicher Weise über die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Personen. Wir sind der Auffassung, daß die Industrieverflechtungen aufhören müssen. Wie man uns in dem Zusammenhang nun einen Vorwurf daraus machen will, daß wir eine Konzern- und Kartellgesetzgebung verlangen, das ist mir schlechterdings vollkommen unverständlich. Ich meine, Sie müßten restlos mit uns darin übereinstimmen, daß im Wege der Gesetzgebung dafür gesorgt werden muß, daß, wenn wir die Dinge entflochten haben, nicht eine neue Verflechtung beginnt. Das ist doch der Zweck einer solchen Gesetzgebung. Ich weiß überhaupt nicht, warum Sie immer die Ansicht des politischen Gegners nur kritisieren. Man soll doch auch einmal anerkennen, wenn der politische Gegner etwas besser gemacht hat, als man selbst es hat machen können.

Über diese Entflechtung verbreitet sich unser Plan im einzelnen. Er ist in Ihren Händen. Bei der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit will ich darauf nicht mehr eingehen. Aber ich muß noch einige Augenblicke verweilen bei der Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Industrie. Wir gehen in unseren Anträgen über die Bergbauindustrie, über die eisenschaffende Industrie und über die chemische Industrie hinaus. Wir wollen diese Änderung in den Besitz- und Machtverhältnissen bei allen monopolartigen Betrieben haben. Und was schwebt uns dabei vor, was verlangen wir?

Wir wollen den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb, eine gemischt-wirtschaftliche Betriebsform, bei der die Vertreter des nichtprivaten Kapitals die Mehrheit der Stimmen haben. Das allein ist das Entscheidende.

Wir wollen, daß in all den gekennzeichneten Industrien in der Zukunft die Vertreter des nicht privaten Kapitals die Mehrheit der Stimmen haben, und

damit haben diese Vertreter des nicht privaten Kapitals es absolut in der Hand, jeden Mißbrauch, sei es zu politischen Zwecken, sei es zu antisozialen Zwecken des betreffenden Unternehmens, zu verhindern. Das ist ein ganz großer Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand.

Wir wollen, wenn wir die Zusammenballung der großen wirtschaftlichen Macht in wenigen Händen in der Vergangenheit mit Recht mitverantwortlich machen für das Elend, das über das deutsche Volk gekommen ist, auch für die Zukunft verhindern, daß ähnliche Machtzusammenballungen wieder entstehen. Derartige Machtzusammenballungen sind gleich gefährlich für einen Staat und für ein Volk, wo sie auch immer entstehen mögen, sei es bei Privaten, sei es bei einer Gewerkschaft, sei es beim Staat.

Wir wollen, daß nirgendwo über Lebensfragen des deutschen Volkes entschieden werden soll von einer kleinen Gruppe von Menschen. Darum verlangen wir, daß die Vertreter des nichtprivaten Kapitals zwar zusammen in diesen Unternehmungen die Mehrheit der Stimmen haben sollen, daß aber kein einziger von ihnen über mehr als 15 % der Stimmen verfügen darf. Damit wollen wir eine neue Zusammenballung verhindern. Wir wollen weiter an den Unternehmungen beteiligen die Arbeitnehmer in den Betrieben, seien es Arbeiter oder seien es Angestellte, sie sollen dort mit als Aktionäre teilnehmen an der Planung und an der Lenkung des ganzen Unternehmens. Auf der anderen Seite wollen wir, daß kein Vertreter privaten Interesses mehr als über 10 % der Stimmen verfügen darf. Das gilt auch von den Banken.

Auch keine Bank soll als Beauftragter von Aktionären nach unseren Vorschlägen in Zukunft mehr als über 10 % der Stimmen verfügen dürfen. In der Vergangenheit war es so, daß die wirtschaftliche Macht tatsächlich ausgeübt wurde in diesen Unternehmungen in den meisten Fällen von den Großbanken, die die Aktionäre in den Generalversammlungen vertraten. Das soll nicht mehr vorkommen dürfen. Ich betone ausdrücklich, kein Vertreter privaten Kapitals soll mehr als über 10 % der Stimmen direkt oder indirekt — das gilt also auch für die Banken — verfügen dürfen. Wir glauben, daß damit die Gefahr der wirtschaftlichen Zusammenballung endgültig gebannt ist. Und wir glauben weiter, daß, wenn das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den Unternehmungen unseren Vorschlägen entsprechend erfolgt, auch tatsächlich die Arbeitnehmerschaft sich wohlfühlen wird bei ihrer Arbeit, weil sie, wie ich das eben schon gesagt habe, als Mitschaffender in Zukunft gelten soll und gelten muß.

Zur Planung und Lenkung muß ich einige Worte sagen. Es ist eine absolute Selbstverständlichkeit, daß in einer Zeit wie der unserigen mit diesen Mangelerscheinungen auf allen Gebieten eine Planung und Lenkung der Wirtschaft erfolgen muß. Darüber braucht man gar kein Wort zu verlieren. Nur wünschen wir nicht, daß diese Planung und Lenkung der Bürokratie in die Hand gegeben werden soll, sondern wir wünschen, daß diese Planung und Lenkung unter Selbstverantwortung der Wirtschaft und der Verbraucher erfolgt. Aber auch hier muß die Entscheidung, die letzte politische Entscheidung, bei den Parlamenten liegen, damit sich nicht eine Wirtschaftsdiktatur gegenüber dem politischen Parlament entwickelt. Es ist ein großer Unterschied, ob ich die Planung und Lenkung als Selbstzweck betrachte oder als ein notwendiges Übel. Wir stehen auf dem Standpunkt, sie ist ein notwendiges Übel. Das heißt, wenn einmal glücklichere Zeiten eingetreten sind und zunächst auf diesem oder jenem Gebiet, weil nun eben dort kein Mangel mehr vorhanden ist, eine Planung und Lenkung nicht mehr nötig ist, dann soll diese Planung und Lenkung fortfallen. Ich glaube, jeder, der hier im Saale ist, würde mit Freude den Tag begrüßen, an dem wir eine Planung und Lenkung auf dem ganzen

Gebiet der Nahrungsmittelwirtschaft und der Kleidung und der Schuhe nicht mehr notwendig haben. Das bedarf doch gar keiner Erörterung.

Das ist aber ein wesentlicher Gegensatz zwischen uns und dem sozialistischen Programm. Bei uns ist Planung und Lenkung nicht Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit. Aus diesem Geist der Notwendigkeit heraus muß sie gehandhabt und geübt werden. Sie darf niemals der Bürokratie in die Hände gegeben werden.

Wir wollen keine ungehemmte Privatinitiative. Darum ja unsere ganzen Vorschläge. Wir wollen die private Initiative natürlich nicht ungezügelt wissen. Aber niemals kann das deutsche Volk auf die private Initiative verzichten. Das ist absolut ausgeschlossen.

Wenn das deutsche Volk jemals aus diesem Elendszustand wieder in die Höhe kommen soll, wenn das deutsche Volk jemals wieder aufsteigt, dann wird es dies nur der Initiative des einzelnen verdanken und nicht der der staatlichen Bürokratie. Herr Henßler von der SPD schlägt sich ja mit den eigenen Vorschlägen. Er will dem Staate den Aktienbesitz geben, aber er will dem Staat nicht das Verfügungsrecht geben über die Unternehmungen. Warum denn nicht? Offenbar weil er zu anderen mehr Vertrauen hat als zum Staat. Weil er glaubt, daß Gewerkschaftler, denen er das Verfügungsrecht geben will, persönliche Initiative entfalten werden. Was wollen wir denn anders als die persönliche Initiative des einzelnen nutzbar machen. Wollen wir etwas anderes, wenn wir dem privaten Kapital die Möglichkeit der Beteiligung lassen, als diese Einzelpersönlichkeiten und das, was in ihnen steckt, mit einspannen beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft? Wir werden die Initiative des einzelnen Menschen in Deutschland immer nötig haben, sonst wird unser Volk, wie es in den letzten zwölf Jahren gewesen ist, zur Massenherde. Ich betone ausdrücklich, daß sich unsere Vorschläge nicht beziehen auf die mittleren und kleineren Betriebe. Wir wollen, daß die mittleren und kleineren Unternehmungen frei sein sollen in ihrer Arbeit innerhalb der allgemeinen Planung und Lenkung.

Lassen Sie mich ein Wort sagen zur Freiheit und zum Staat. Ich bin besonders nach den Erfahrungen, die wir in Deutschland in den Jahren von 1933 bis 1945 gemacht haben, aber auch nach den Erfahrungen, die wir nach 1945 gemacht haben, dafür, daß die Freiheit dem einzelnen Menschen in möglichst weitem Umfange erhalten bleibt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das höchste Gut des Menschen seine Freiheit ist, und daß die Freiheit des einzelnen Menschen nur dann beschränkt werden darf, wenn wirklich ein höheres Interesse das verlangt, sonst nicht. Deswegen spreche ich mit vollem Bedacht und mit voller Überzeugung den Satz aus: Wir wollen dem Staat so viel Rechte geben, wie nötig ist, aber auch keinen Deut mehr. Alles was mehr ist, ist ein Schaden und ein Übel gegenüber der Freiheit des einzelnen.

Zur Freiheit des einzelnen gehört auch der Schutz des Privateigentums. Daß Privateigentum nicht in ungemessener Höhe und auf jede Weise erworben werden darf, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Besteuerung, Einkommensteuer, evtl. Erhöhung der Erbschaftssteuer usw. werden schon dafür sorgen, daß diese Forderung in die Tat umgesetzt wird. Der mäßige Besitz möglichst vieler Personen ist die beste Grundlage für ein freies und demokratisches Leben. Von diesem Standpunkt aus sind wir für den Schutz des Privateigentums und wollen wir die Vergesellschaftung, die eine Beschränkung des Privateigentums darstellt, auf den Teil der Wirtschaft beschränkt wissen, der wegen des höheren Interesses des ganzen Volkes derart beschränkt werden muß, aber nicht darüber hinaus.

Die CDU, glaube ich, kann mit Recht sagen, daß sie um nichts geringer national fühlt, als die SPD und die KPD. Aber, meine Damen und Herren, gerade aus

nationalen Gesichtspunkten heraus verstehe ich einfach nicht, wie heute bei dieser Lage des deutschen Volkes ein Deutscher kommen kann und den Bergbau und die eisen- und stahlschaffende Industrie dem Staat übereignen will. Das ist mir bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage des deutschen Volkes unverständlich. Deutschland wird auf lange Jahre hinaus politisch schwach bleiben. Und wenn Deutschland Eigentümer dieser Industrien ist, dann genügt ein politischer Druck irgendeines anderen mächtigeren Landes, um jede im Interesse des anderen Landes liegende wirtschaftliche Veränderung hervorzurufen.

Ich bin anderer Ansicht als die SPD und KPD. Ich bin der Auffassung, daß gerade aus nationalen Gründen und bei der heutigen Lage Deutschlands kein Deutscher dazu beitragen darf, daß diese für das Leben des deutschen Volkes entscheidenden Industrien dem politisch so schwachen und anfälligen und jedem Druck nachgeben müssenden deutschen Staat überantwortet werden. Ich bin der Auffassung, daß eines Tages auch wieder einmal die Regeln des Völkerrechts Anwendung finden werden. Nach den Regeln des Völkerrechts ist das Eigentum der Privaten, wie das der Gemeinden und ähnlicher Verbände nicht dem Zugriff besetzender Mächte ausgesetzt. Dieses Eigentum genießt völkerrechtlichen Schutz. Auch aus diesem Grunde, gerade aus nationalen Gründen, glaube ich, daß sich eine Regelung, wie wir sie Ihnen vorschlagen, die die Machtzusammenballung verhindert, die dem Arbeitnehmer das Recht gibt, mitzusprechen in den Betrieben, die die Trusts entflechtet, die aber nicht dem Staate alles überträgt, vorzuziehen ist den Anträgen der KPD und der SPD.

Wir streiten uns heute hier um sehr wichtige Fragen. Über allem aber schwebt ein sehr düsterer Schatten. Ich kann in dieser Stunde diesen Schatten nicht unerwähnt lassen, es ist der Schatten der Demontage. Wenn die Demontage so durchgeführt wird, wie es zur Zeit geplant wird, dann sind ihre Anträge und unsere Anträge einfach das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Ich glaube, alle Parteien und alle schaffenden Menschen müssen sich darin einig sein, daß wir jedes erlaubte Mittel anwenden, um diese Demontage, die vielen Millionen Deutscher im Laufe der nächsten zehn Jahre das Leben kosten würde, zu verhindern.

Wir haben geglaubt, daß es nicht genüge, bei der gegenwärtigen Lage der Wirtschaft nur etwa die Frage des Eigentums an den Bergwerken herauszunehmen und gesetzlich regeln zu wollen oder die Frage des Eigentums an der eisenschaffenden Industrie, sondern wir waren der Auffassung, daß nunmehr wohl der Grundstein gelegt werden sollte für eine neue wirtschaftliche Form in Deutschland. Mag auch die Zukunft diese wirtschaftliche Form einmal nennen wie sie will. Deswegen haben wir in diesen sechs Anträgen, die Ihnen vorliegen, alles das zusammengefaßt, was nun nötig ist, damit in Deutschland wirklich ein neues Zeitalter auf dem Gebiete der Wirtschaft entsteht und gegründet werden kann, und wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen, der feststellt, daß ein Neuaufbau der deutschen Wirtschaft nötig ist und daß dieser Neuaufbau erfolgen soll entsprechend den Grundsätzen, wie sie in unseren Anträgen niedergelegt sind, und daß die Landesregierung aufgefordert wird, dementsprechende Gesetzesvorlagen dem zukünftigen Landtag zu unterbreiten und sie zu unterstützen. Wenn dieser Antrag in diesem Hause eine Mehrheit findet, dann hat man zunächst für Nordrhein-Westfalen eine Grundlage geschaffen für ein neues wirtschaftliches Zeitalter. Da Nordrhein-Westfalen mit seinen Industrien maßgebend ist für die ganze deutsche Industrie, so schafft man damit auch eine neue Grundlage für eine neue Zeit in der gesamten Wirtschaft unseres geliebten Vaterlandes.

Begründung der CDU-Anträge vor dem Landtag durch Oberbürgermeister und stellvertretender Ministerpräsident Karl Arnold

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe den Eindruck, daß wir uns nicht absichtlich bemühen sollen, scharfe Gegensätze in der zur Debatte stehenden Frage herauszuarbeiten. Ich bin vielmehr der Meinung, daß, wenn das Problem, das hier zur Debatte steht, von innen her gesehen wird, viel stärkere Übereinstimmung gegeben wäre, als das zunächst äußerlich der Fall zu sein scheint.

Schon im Jahre 1918 hat die Frage der Sozialisierung die deutschen Gemüter auf das lebhafteste bewegt. Nach der Weltkatastrophe, die über uns hereingebrochen ist, ist es verständlich, daß dieses Problem jetzt scharf in Erscheinung tritt. Es ist ganz klar, daß es nach dieser Weltkatastrophe die Lage des Jahres 1945 eine völlig andere ist, wie die des Jahres 1918. Und es ist ebenso klar, daß die künftige Entwicklung eine andere sein wird als die in den Jahren von 1918 bis 1933. Diesmal — und ich glaube, darin besteht in diesem Haus völlige Übereinstimmung — wird mit der Schaffung und Durchführung einer echten und unverfälschten Demokratie ernst gemacht. (Bravorufe.) Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Diesmal, nach den Erlebnissen dieses Zusammenbruches, wird die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr das deutsche Volk nicht zulassen, daß die Demokratie zum zweitenmale zum Steigbügelhalter der politischen und sozialen Reaktion gemacht wird. Wir werden nicht zulassen, daß die Demokratie zum zweitenmal mißbraucht wird.

Aber, meine Damen und Herren, der Weimarer Staat ist zum Erliegen gekommen doch nur aus einem entscheidenden Grunde, nämlich deshalb, weil die Demokraten die Demokratie nicht verstanden haben. Prüfen wir uns ganz allgemein, ob wir dieser Gefahr völlig enthoben sind und jeder möge, der an politischer Verantwortung steht, sich klar machen, ob nicht vielleicht in der neuen Demokratie sich ähnliche Gefahrenmomente bereits zeigen. Der Weimarer Staat ist auch zusammengebrochen, weil die Demokratie zugelassen hat, daß ihre Todfeinde mit den Mitteln und den Methoden der Demokratie gegen sie anrannte. Ein Vorgang staatspolitischer Art, der sich nicht wiederholen darf. Bei einer Formaldemokratie in der Politik und beim Vorhandensein eines Absolutismus in der Wirtschaft kann niemals eine Grundlage für eine sinnvolle Neuordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gefunden werden. Die durchgreifende Neuordnung, über die heute vormittag zum Teil ausgezeichnete Darlegungen gemacht worden sind, ist die unvermeidliche Folge einer wirtschaftspolitischen Fehlentwicklung. Die CDU hat bereits diesbezügliche Anträge gestellt, und Herr Dr. Adenauer ist auf diese Anträge im einzelnen eingegangen. An einer Stelle heißt es in diesen Anträgen: Die Wirtschaft muß ihrem natürlichen Zweck, nämlich der Bedarfsdeckung, zugeführt werden. Die privatkapitalistischen Konzerne und Machtbildungen im Bergbau und in der Großindustrie werden auf dem Wege der Entflechtung aufgelöst, weil sie ihren Einfluß und ihre Machtstellung zum Nachteil des Staates und der Gesellschaft mißbraucht haben. Das ist in dieser Stunde eine Feststellung von geschichtlicher Bedeutung. Es kann sich bei den Vorschlägen der CDU nicht darum handeln, daß irgend eine äußere organisatorische Form in eine andere übertragen oder gelockert werden soll. Insofern hat der sehr verehrte Herr Kollege Nölting unsere Anträge völlig falsch verstanden. Es handelt sich in der Tat um die Herbeiführung einer durchgreifenden sozialen Neuordnung für die einzelnen Betriebe, wie für die gesamte Wirtschaft. (Zuruf der KPD: Dr. Dinkelbach!)

Der Sprecher der KPD hat heute vormittag zum Ausdruck gebracht, daß es ein dringendes Erfordernis sei, daß die Macht der Monopole und Konzerne beseitigt werden muß. Ich stimme mit dieser Forderung vollkommen überein. Und wenn Sie den Antrag durchlesen, werden Sie dasselbe bestätigt finden. Die Zeit des liberalen und machtpolitischen Kapitalismus geht in der Tat dem Ende entgegen. Eine neue Entwicklung muß ihren Anfang nehmen. Dieser Anfang soll durch das Parlament mutig eingeleitet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen wirklich die Herbeiführung einer Wirtschaftsordnung, die die Sicherstellung des Gesamtwohls aller Bevölkerungsteile gewährleistet, und wir wollen die Herbeiführung einer Wirtschaftsordnung, die das Recht und die Freiheit und die Würde des deutschen Arbeiters endgültig herstellt. Diese Aufgabe wird durchgesetzt werden, und mein sehr verehrter Kollege Henßler, Sie dürfen die Versicherung hinnehmen, daß es Ihrer und unserer Kraft gelingen wird, eine solche Ordnung jetzt nunmehr endgültig herbeizuführen. Nicht etwa deshalb, weil es der Wunsch der Arbeiter an und für sich ist, sondern weil es ein Gesetz der inneren Gerechtigkeit ist und eine innere Volksnotwendigkeit, die die Erfüllung dieser Aufgabe verlangt. Aber meine Damen und Herren, worauf kommt es an? Es kommt darauf an, daß die Macht- und Monopolbildungen in der Wirtschaft aufgelöst und beseitigt werden; es kommt darauf an, daß die Vorherrschaft des privaten Kapitals in der Großindustrie ein für allemal gebrochen wird und daß eine Gemeinwirtschaft eingeführt wird, die den Interessen des gesamten Volkes dient und die dem Volk verantwortlich ist. Es kommt darauf an, daß Vertreter der Arbeitnehmerschaft kraft gesetzlichen Rechts in die Führung der Großbetriebe mit aufgenommen werden und daß schließlich die Vertreter des nichtprivaten Kapitals — und das scheint doch ein ganz entscheidender Gesichtspunkt zu sein — in jedem Falle die absolute Mehrheit des Stimmrechts besitzen. Was bedeutet das in der Praxis? Das bedeutet, daß die Arbeitnehmerschaft und mit ihr die Vertreter der öffentlichen Hand, die Steuerleute im Betrieb und in der Wirtschaft werden und daß sie in die Lage versetzt werden, den inneren Kurs der Wirtschaftsentwicklung von sich aus zu bestimmen. Und das ist doch die allgemein als notwendig erachtete Voraussetzung, um einen Weg der Geordnetheit und sinnvollen Wirtschaftsgestaltung für die Zukunft zu gewinnen. Es kommt weiter darauf an, daß der Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit ein maßgebliches Recht in der Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft eingeräumt wird. Ich gehe vollkommen einig, daß mit diesen Maßnahmen erreicht werden muß, daß der Arbeitnehmer von seiner bloßen Objektstellung endlich hinwegkommt und daß er als Mensch höher bewertet wird als Werkzeug und

Ware. Wenn diese sittliche Wertung des Menschen in der Wirtschaft wieder zur Durchsetzung kommen soll, dann glaube ich, haben wir einen beachtlichen Schritt vorwärts getan. Es ist wahrlich ehrlicher Wille, wenn wir von einer Neuordnung des wirtschaftlichen Lebens sprechen. Wir wollen eine gründliche und, wenn Sie wollen, eine konstruktive und sinnvolle Neuordnung unseres wirtschaftlichen und auch unseres staatlichen Lebens. Die heutigen Anträge der CDU und auch die Anträge, die (nach links) Sie, meine Herren, gestellt haben, sind ja nicht ein Abschluß, sondern sie sind ein Anfang für die Einleitung einer weiteren durchgreifenden Entwicklung. Und darauf kommt es entscheidend an: daß der soziale Wille aus verschiedensten Quellen lebendig wird und daß diese einzelnen Quellen des sozialen Willens zusammenlaufen zu einem gemeinsamen Volksstrom. Die ganze soziale Neuordnung kann ja nur dann durchgeführt werden, wenn sie getragen wird von den breitesten Kräften des Volkes. Über eins sind wir uns ebenfalls klar: die Sozialisierung — wenn wir so die Maßnahmen zur Neuordnung der Wirtschaft überhaupt bezeichnen wollen — ist freilich kein Wunderwerk, und es wäre völlig falsch — und ich glaube, diese Fehler werden reichlich begangen — zu glauben, daß mit der Durchführung dieser Maßnahmen auf einmal die sozialen Notstände behoben seien. Nein, diese Maßnahmen sind in der Tat kein Patent dafür, um die sozialen Notstände auf einmal aus der Welt zu schaffen. Sie können nur die Einleitung einer vernünftigeren, einer sinnvolleren und gerechteren Wirtschaftsordnung darstellen. Ich gehe mit den Herren Henßler und Dr. Adenauer vollkommen einig, wenn sie heute vormittag in diesem Zusammenhang auf die internationale Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft und des deutschen Lebens verwiesen haben. Ich bin auch der Meinung, daß letzte und durchgreifendste Entscheidungen für die deutsche Wirtschaft nur dann getroffen werden können, wenn das Verfügungsrecht über die deutsche Wirtschaft uns wieder zurückgegeben wird. Es scheint mir weiter notwendig zu sein, daß über die Frage der Demontagen alsbald Klarheit geschaffen wird. Ich weiß um die Sorge und um die Unruhe in breitesten Schichten der Arbeiterschaft über die immer noch nicht gelösten Fragen der Demontage, und es scheint mir die baldige Herbeiführung einer solchen Klarheit ein dringendes Gebot der Stunde zu sein. Ein dringendes Gebot deshalb, weil ich vermeiden möchte, daß in weitesten Volkskreisen das Gefühl aufkommt, daß die Demontage die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln darstellen könnte. Die Not ist groß bei uns in Deutschland und außerhalb Deutschlands. Wir lassen uns in keiner Stunde täuschen über die Ursachen, die zu dieser Not geführt haben. Sie liegen in der Hauptsache bei denen, die damals in so großer Begeisterung im Sportpalast zu Berlin das Bekenntnis zur totalen Rüstung und zur totalen Kriegführung aussprechen ließen. Aber trotzdem: Schauen wir ganz eindeutig und unvoreingenommen hinein in das Zittern und in das Leben unseres Volkes, und schauen wir auch hinein in das innere Verlangen der tausenden und abertausenden Menschen anderer Völker — und ich glaube, eine Erkenntnis wird uns sicher: Wenn es nicht gelingt, nach dieser Weltkatastrophe den Männern und Frauen und insbesondere der Jugend aller Völker wieder die Hoffnung auf ein gesichertes und friedfertiges Leben zu geben, dann können die Staatsmänner und Politiker aller Völker abtreten, weil sie an der Zentralaufgabe unserer Zeit gescheitert sind. Meine Damen und Herren, die Neuordnung des wirtschaftlichen Lebens ergibt sich nicht automatisch. Es wäre völlig falsch, wenn in den breiten Schichten ein Wunderglaube an die Kraft des Staates erzeugt würde. Diese Wunderkraft ist nicht gegeben. Es wird des eigenen Strebens und des eigenen Einsatzes der sozialen Kräfte in unserem Volk bedürfen. Daran ist in der Vergangenheit doch manchesmal die Gewerkschaftsarbeit gescheitert, daß diese

Arbeiten vor eine Mauer gestoßen sind. Diese Mauer, meine Damen und Herren, soll heute niedergerissen werden. Der Weg für eine soziale Neuentwicklung soll damit freigemacht werden. Es handelt sich doch in dieser Stunde und bei dieser Debatte nicht darum, daß irgendeine Partei einen engeren Parteierfolg aus dieser Debatte für sich in Anspruch nehmen könnte. Es handelt sich darum, ob dieses Parlament aus sich selbst heraus die Kraft und die Fähigkeit hat, jene sachliche Entscheidung zu treffen, die notwendig ist, und die die Millionen draußen im Land von Ihnen, meine Damen und Herren, erwarten.